

Deutschland erlebt eine zweite gesamtdeutsche Wende

Von Ulrich von Alemann

Die Erleichterung ist mit Händen zu greifen. Es ist geschafft: Deutschland kann wieder regiert werden. Ein halbes Jahr Interregnum seit Schröders Neuwahl-Coup vom 22. Mai geht zu Ende. Es brachte Hochs und Tiefs für alle politischen Kräfte, schrille Aufregungen und hysterische Erregungen. Die Lügen-, Betrugs- und Verrats-Rhetorik im Wahlkampf und auch noch danach - zwischen und in den Parteien - haben die Bürger gründlich satt. Jetzt besteht die Chance, dass



Ruhe eintritt, um endlich an die Arbeit zu gehen.

Die Grundlage ist vorhanden. Gut 50 fehlende Stimmen für die neue Kanzlerin - einige von Sachwaltern, andere von Wichtigtuern - trüben das Bild nur unwesentlich. Das Kabinett wird die Marschroute vorgeben, die auf der Karte des Koalitionsvertrages vorgezeichnet ist. Im Kabinett sind starke Figuren vertreten, ohne vor Egozentrismus und Eitelkeit zu platzen. Ein Koalitionsausschuss in Hinterzimmern wird ab und an unvermeidlich sein, um auch die

beiden externen Parteivorsitzenden, Platzeck und Stoiber, und die Fraktionsspitzen einzubinden. Aber er sollte nicht zur Entscheidungsregel werden. Die Kanzlerin entscheidet in und mit ihrem Kabinett, so will es zu Recht das Grundgesetz.

ALEMANN'S ANALYSE

Eine Regierung auf Abruf, stets auf der Lauer, wann sich Neuwahlen lohnen, die kann, soll und wird es nicht geben. Der Bundespräsident wird Neuwahlen nicht schon wieder zulassen, wenn nicht eine ganz ungewöhnliche Situation eintritt. Der Bundestag sollte endlich eine klare Grundgesetzänderung beschließen, die mit einer Zweidrittelmehrheit

Neuwahlen ermöglicht. Beide Partner dürfen und können nicht darauf lauern, dass sie eine Art permanentes Fernsehduell zu der Frage veranstalten, welche Partei von welcher Politik der Großen Koalition mehr profitiert. Nur gemeinsam können sie erfolgreich sein. Blockadepolitik - jahrzehntelang ein deutsches Markenzeichen - geht jetzt nicht mehr. Das gilt auch für einige Landesfürsten, die in Versuchung geraten können, die knappe Bundesratsmehrheit der Großen Koalition zu testen. Bayern könnte der Kanzlerin so manches Stöckchen hinhalten, um davon abzulenken, dass Stoiber selbst nun - politisch gesehen - am Stock geht.

Vorsichtig sollte man damit umgehen, historische Tage zu beschwören. Denn die Geschichte urteilt darüber erst nach frühes-

tens zehn Jahren. Aber ein bisschen was hat es schon von einer zweiten Wende nach 1990. Damals wurde Deutschland geographisch wiedervereinigt, jetzt haben sich die großen politischen Parteien vereint, um gemeinsam Blockaden aufzubrechen. Haushalt, Wachstum, Sozialstaat, Bildung - es gibt viel zu tun. Wenn die Zeit, die vorher für Parteipolemik verschwendet wurde, nun in handwerklich saubere Politik investiert wird, wäre schon viel erreicht. Dass nun beide großen Partner-Parteien von einer jüngeren Generation ostdeutscher Politiker und Politikerinnen geführt werden, ist auch eine gesamtdeutsche Wende, die nicht gering zu schätzen ist.

Jammern gilt nun nicht mehr. Weder in Ost noch in West. Leuten, die permanent die Hände

über dem Kopf zusammenschlagen vor lauter Aufregung über die schlimmen Zustände in Deutschland, denen fehlen diese Hände dort, wo sie gebraucht werden: nämlich zum Anpacken.

Da hätte ich fast eines vergessen: die Frauenfrage. Wenn der absolut unwahrscheinliche Fall eintreten kann, dass die christlich-konservative, katholisch verwurzelte Union eine protestantische, kinderlose, geschiedene Frau auf ihren Schild hebt und sie Kanzlerin wird, dann müssen doch noch ganz andere Wunder möglich sein, beispielsweise, dass Deutschland die Schlusslaterne in wichtigen europäischen Charts abgibt.

Professor Ulrich von Alemann lehrt an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf Politikwissenschaft.